



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Nach einer Weile kam Jungfer Thorborg mit dem Kaffee.

„Guten Morgen!“ sagte sie munter.

Er wurde dunkelrot.

„Guten Morgen,“ sagte er fast unhörbar heiser.

Sie schenkte ihm ein und stellte die Kaffeekanne auf das Kohlenbecken.

„Joseph!“ rief sie ihm zu und lief zur Tür hinaus.

Der Tag verging und andere Tage folgten.

Und es war eine böse Zeit für Sören Römer.

* * *

(Fortsetzung folgt.)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel

Berlin, 13. März 1910.

(Der Kampf um die Wahlrechtsreform. Die fortschrittliche Volkspartei. Wahlrechtspaziergänge. Die Brüder Mannesmann.)

Was auch die Fehler des preußischen Abgeordnetenhauses sein mögen, es arbeitet jedenfalls rasch und sicher und vertut nicht die Zeit mit überflüssigen Reden. Schon ist man mit der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage im Plenum beinahe fertig. Freilich kann man darüber keine reine Freude empfinden, denn trotz der schnellen und dabei keineswegs ungründlichen Durchberatung der Vorlage ist die allgemeine politische Lage zum Teil noch ungeklärt; soweit sie aber geklärt ist, sehr schwierig und unerquicklich. Für den oberflächlichen und unkundigen Beobachter zwar liegt alles außerordentlich einfach. Für die Beschlüsse der Kommission ist eine Mehrheit auch im Plenum vorhanden; diese Mehrheit, bestehend aus Konservativen, Freikonservativen und Zentrum, hat also tatsächlich ein neues Wahlgesetz geschaffen, und die Regierung brauchte nur zuzugreifen, wenn es ihr auf weiter nichts ankäme, als ihres Versprechens hinsichtlich einer Revision des Wahlrechts los und ledig zu sein. Aber eine weiterblickende Regierung kann sich auf diesen bequemen Standpunkt unmöglich stellen, wenn sie nicht die Uebelstände, mit denen wir gegenwärtig zu kämpfen haben, außerordentlich verschärfen will. Bis jetzt hat die Regierung unzweifelhaft den Willen gehabt, den Riß zwischen Konservativen und Liberalen, den die Reichsfinanzreform geschaffen hat, zu überbrücken. Ob sie zur Verwirklichung dieser Absicht seit dem vergangenen Sommer immer die richtigen Mittel gewählt hat, ist dabei wieder eine Frage für sich, die wir hier nicht erörtern wollen. Aber die Absicht, über den Parteien zu stehen und zwischen den Gegensätzen zu vermitteln, war vorhanden. Wenn jedoch das Ergebnis der zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage die Zustimmung der Regierung findet, dann wird im Lande niemand mehr an die soeben bezeichnete Absicht oder gar an die Selbständigkeit der Regierung glauben. Und mag eine solche Erfahrung hier Schmerz und dort Freude erregen, zum Segen kann sie unsrer politischen Entwicklung in keinem Falle gereichen. Es handelt sich hier um Erwägungen, bei denen nicht die eindringende Sachkenntnis des eingeweihten Sachmanns den letzten Ausschlag gibt — wie das selbstverständlich bei vielen Fragen

Grenzboten I 1910

66

der Gesetzgebung geschehen muß —, sondern der Eindruck, den der schlichte Staatsbürger aller Berufskreise von der Vertrauenswürdigkeit und Gerechtigkeit der Regierung gewinnt. Es gibt gewisse Situationen, in denen weder Menschen- noch Engelszungen bestimmte Eindrücke zu verwischen imstande sind, — Eindrücke, die mit derselben Sicherheit den Volkskörper beherrschen, wie im menschlichen Körper auf gewisse Nervenreize die sogenannten Reflexbewegungen folgen, die weder vernünftig noch zweckmäßig zu sein brauchen, ja überhaupt einem von der Logik geleiteten Willen nicht unterworfen sind.

Man mache sich unter diesem Gesichtspunkt klar, wie sich das Bild der politischen Geschehnisse einem nicht gerade auf eine bestimmte Parteileitung eingeschworenen Bürger darstellen muß. Zuerst die Reichsfinanzreform. In einer Zeit, in der unter dem Aufatmen aller Nationalgesinnten Konservative und Liberale, ohne die Eigenart ihrer Überzeugungen aufzugeben, an wichtigen Aufgaben der Gesetzgebung einträchtig zusammenarbeiten, bringt die Reichsregierung eine sorgfältig durchdachte Vorlage zur Beseitigung der ungesunden Finanzwirtschaft des Reichs ein. Diese Vorlage scheitert, und nun ergreifen Konservative und Zentrum nach Zertrümmerung des Blocks und Sturz des Reichskanzlers die Gelegenheit, um die Reichsfinanzreform nach ihrem Sinne zu gestalten. Unter dem Unwillen der Mehrheit des deutschen Volks nehmen die verbündeten Regierungen notgedrungen das Wort der neuen Reichstagsmehrheit an. Wenige Monate vergehen, in denen die Wunden, die dieser innere Streit geschlagen hat, zum größten Teil noch offen geblieben, zu einem Teil sogar noch vertieft worden sind. Und nun wiederholt sich derselbe Vorgang in Preußen. Die preussische Regierung bringt eine Vorlage ein, die man dürftig, mangelhaft und engherzig nennen konnte, die aber doch die Absicht ausdrücken sollte, den Staat nicht nach dem ausschließlichen Willen der Konservativen und des Zentrums zu regieren. Und wieder mündet die Sache dahin aus, daß dieselbe Mehrheit, die im Reichstage die Finanzreform verhandelt und die Notlage der verbündeten Regierungen ausgenutzt hat, auch jetzt die Regierungsvorlage bis zur Unkenntlichkeit verändern will und eine der grundlegenden Einrichtungen des Staats nach ihrem Willen zu gestalten sucht. Diesmal nur mit dem Unterschied, daß von einer Notlage des Staats nicht die Rede sein kann. So würde sich der Eindruck dieser Politik dem Lande darstellen, wenn die Regierung dem Ergebnis der zweiten Lesung zustimmte. Derselbe Eindruck würde auch da entstehen, wo man sich dieses Ergebnisses freuen würde. Denn was zuletzt auch bei den Siegern haften bliebe, würde doch nur der Eindruck sein: Mit dieser Regierung können wir alles machen, was wir wollen. Die einzelnen Bestimmungen der Wahlrechtsvorlage verschwinden in ihrer Bedeutung gegenüber der allgemein politischen Wirkung, die in dem gedachten Falle nur in der Überzeugung von der Schwäche der Regierung bestehen würde. Das ist aber ein viel zu teurer Preis für die Wahlrechtsreform; so viel ist diese Reform, die weder auf der rechten noch auf der linken Seite Freude macht, nicht wert. Denn man muß bedenken, daß die Frage in der nächsten Zeit doch nicht zur Ruhe kommt; erst recht nicht, wenn die durch den konservativ-kerikalen Kompromiß umgestaltete Vorlage Gesetz wird. In diese Flut des Verdrußes sollte sich die Regierung nicht hineinziehen lassen; sie muß wenigstens fest und stark bleiben und auch den Schein vermeiden, als ob sie von einer parlamentarischen Mehrheit abhängig sei.

Der Kampf der Parteien am Freitag (11. d. Mts.) war übrigens einer der interessantesten in unsrer parlamentarischen Geschichte. Wie geschickte Spieler standen sich die Führer der Nationalliberalen und Konservativen gegenüber. Der Versuch der Konservativen, durch einen Antrag auf Wiedereinfügung der öffentlichen Wahl —

wobei sie noch ihrer Berechnung unterliegen mußten — ihren Umfall zugunsten des Kompromisses mit dem Zentrum zu maskieren; die Durchkreuzung dieser Absicht durch die Nationalliberalen, die bei der Abstimmung dafür sorgten, daß Konservative und Zentrum allein blieben, die ersten also ihre Kompromißfreunde eigentlich hätten niederstimmen müssen; endlich die Vereitelung dieses Schachzugs durch die Geschicklichkeit des Herrn v. Seydebrand, der einen Teil seiner Freunde zur Stimmenthaltung abkommandierte und dadurch seine Partei künstlich wieder in die gewollte Minderheit brachte, — das alles waren Meisterstreich der parlamentarischen Fechtkunst. Leider zeigten sie aber auch, daß die Gegensätze zwischen rechts und links nicht im geringsten gemildert worden sind. Daß die Regierung eine Erklärung über ihre Stellungnahme nicht übereilt, Herr v. Bethmann Hollweg vielmehr die Entscheidung noch offen gehalten hat, ist durchaus begreiflich.

In der letzten Woche ist der längst geplante und vorbereitete Zusammenschluß der drei linksliberalen Parteien Wirklichkeit geworden. Der Druck der Verhältnisse ist stark genug gewesen, um der neuen „Fortschrittlichen Volkspartei“ zum Leben zu verhelfen; im übrigen hat sich der konstituierende Parteitag recht deutlich merken lassen, daß die Vereinigung mit viel Vorsicht und wenig Begeisterung vollzogen worden ist. Die Oberfläche ist zusammengefügt; unter ihr kaffen noch die Risse. Aber für die nächste Zeit ist die neue Organisation ein Bedürfnis und wird ihren Dienst tun.

Vor acht Tagen haben die Sozialdemokraten ihre „Wahlrechtspaziergänge“ veranstaltet und in Berlin, wie an einigen andern Orten, gegen die Polizei demonstriert, die diese Kundgebungen verboten hatte. Ferner ist das Verhalten der Polizei zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstage gemacht worden. Die Entscheidung der Frage, ob dabei alles nach Recht und Gesetz zugegangen ist, wird Sache richterlicher Urteile sein müssen. Für die politische Beurteilung jedoch kommt vor allem in Betracht, daß alle diese Veranstaltungen im Grunde nicht den Zweck verfolgen, eine bestimmte politische Ansicht der Volksmassen zur Geltung zu bringen, — das ist nur das Aushängeschild, — sondern die Macht der Massen zur Umgehung des Gesetzes zu bekunden. Die legitime Bekundung politischer Meinungen in Massenversammlungen genügt den Aufwieglern nicht mehr; man geht mit Bewußtsein und Absicht einen Schritt weiter, — noch nicht so weit, daß man dem Gesetz Trotz bietet, wohl aber so weit, daß man es umgeht und vorsichtig, aber verständlich verhöhnt. Es gilt, nicht Meinungen zu äußern, sondern Macht zu zeigen. Das ist die wahre Bedeutung dieser Demonstrationen, über deren unmittelbare Nutzlosigkeit die Volksaufhezer, — zu denen übrigens auch bürgerliche demokratische Kreise und Prekorgane gehören, — sich natürlich klar sind.

In der Budgetkommission des Reichstags ist jetzt bei dem Etat des Auswärtigen Amts die Angelegenheit der Brüder Mannesmann ausgiebig zur Sprache gekommen. Wir brauchen hier nicht zu wiederholen, warum wir in dieser Sache den Standpunkt des Auswärtigen Amts für durchaus gerechtfertigt halten. Wenn man jetzt die Verhandlungen der Budgetkommission aufmerksam verfolgt hat, so zeigt sich deutlich, daß die Haltung, die in den Ausführungen des Staatssekretärs v. Schoen und des Unterstaatssekretärs Stemrich erkennbar war, ihren Eindruck auf die Kommissionsmitglieder nicht verfehlt hat, obwohl die Stimmung der Mehrheit von Hause aus dem Amte gegenüber mindestens sehr kritisch war. Parteistellung und persönliche Überzeugung hatten bei dem starken Druck, der in dieser Frage fast von der gesamten Presse ausgeübt wurde, eine Anzahl von Kommissionsmitgliedern dahin geführt, sich derart festzulegen, daß sie nicht zurück konnten. Wir Deutsche haben nun einmal nicht die Unbefangenheit des Engländers,

der von Hause aus zwar noch viel eigensinniger und starrer ist als die größten Dickköpfe unter uns, der aber vor einem ihm wirklich einleuchtenden Beweis gleichmütig seinen Irrtum bekennt; bei uns gilt Rechthaberei auch nach eingesehenem Irrtum für politische Tugend und ein Zeichen von Charakter. Das muß man sich klar machen, wenn man verstehen will, warum die Budgetkommission eine den Fall wirklich abschließende Erklärung vermied, obwohl ihre Mehrheit durchblicken ließ, daß sie das Verhalten des Auswärtigen Amts richtig würdigte. Wenigstens war dies der eine Grund, warum keine abschließende und klärende Resolution angenommen wurde; der andre Grund, der als triftig anerkannt werden muß, war das Bedenken, daß die Budgetkommission gewissermaßen als Tribunal in einem Meinungsstreit zwischen dem Reich und privaten Interessen angerufen werden sollte. Das eine aber hat sich bei diesen Verhandlungen klar herausgestellt, daß die von der Mannesmannpresse festgehaltene Behauptung, das Auswärtige Amt wolle die Interessen der Brüder Mannesmann preisgeben oder habe es bereits aus Willkür oder Ungeschick getan, falsch und irreführend ist. Das Auswärtige Amt will tatsächlich für diese Interessen nachdrücklich eintreten, es lehnt nur mit Recht ab, sich dabei Mittel und Wege vorschreiben zu lassen, die mit übernommenen politischen Verpflichtungen nicht in Einklang stehen. Das führt zu einer andern Seite des Falles hinüber, die von grundsätzlicher Bedeutung ist. Die Brüder Mannesmann haben als energische und umsichtige Kaufleute jeden Vorteil wahrgenommen, der sich ihnen bot; das verübelt ihnen niemand. Aber die übergroße Bereitwilligkeit unsrer angesehenen Presse, die sich auf recht oberflächliche Kenntnis hin sogleich zu einem leidenschaftlichen Parteigängertum hinreißen ließ, hat die Herren Mannesmann doch zu recht bedenklichen Schritten verleitet. Wir rechnen dazu nicht einmal die juristischen und staatsrechtlichen Naivitäten, die in der Bewertung der Gutachten und in der Anrufung des Reichstags als entscheidender Instanz zum Ausdruck kommen. Bedenklich erscheint uns vielmehr die Art, wie sie mit den Mitgliedern der Budgetkommission im Reichstage verkehrten und sie zu beeinflussen suchten. Schon früher hat die Zubringlichkeit der Tabaks- und Spiritusinteressenten bei Steuerberatungen mit Recht Anstoß erregt; die Sache grenzte hart an öffentlichen Skandal. Die neuesten Erfahrungen im Fall Mannesmann geben Veranlassung, auf solche Vorgänge deutlich hinzuweisen. Diese Art, Reichstagsmitglieder als Vorspann für private Interessen zu benutzen und sie wie Rechtsanwälte in einem Zivilprozeß vom Vorzimmer aus direkt zu instruieren, muß verstimmend wirken und hat auch, wie wir zur Ehre der Budgetkommission hervorheben müssen, verstimmend gewirkt. Hoffentlich erinnert man sich aus diesem Anlaß überhaupt wieder der alten, strengen, nur allzu berechtigten parlamentarischen Sitte.

Berichtigung. In dem Aufsatz von Prof. Heyd „Mehr Achtung vor Frankreich!“ (Nr. 9) heißt es in Folge eines Druckfehlers auf Seite 388, daß der „Nurdeutsche“ nirgends recht beliebt sei. Es muß sinngemäß heißen: der Neu-Deutsche.

